

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>
Berlin, den 16.01.2025

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Mobilität und öffentlichen Ordnung ein.

am Donnerstag, 23.01.2025

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle
(Protokoll vom 21.11.2024 und 09.01.2025)
- 2 Jahresbericht 2024 für die Parkraumbewirtschaftung
- 3 Bericht aus dem Bezirksamt
- 4 Überwiesene Drucksachen
 - 4.1 Transparenz bei öffentlichen Baumfällungen - regelmäßige und vollständige Listen
Drucksache: IX-0858
 - 4.2 Stationäre Ladezonen statt Lieferverkehr auf Radfahrstreifen -Drucksache: IX-0977
 - 4.3 Zeitmanagement Parken für den Wirtschaftsverkehr - Drucksache: IX-1038
 - 4.4 Mehr Barrierefreiheit statt gefährlichem Chaos in der Albertinenstraße - Drucksache: IX-1043
 - 4.5 Kostenfreie Sperrmüllabholung für Alle! - Drucksache: IX-1045
 - 4.6 Mehr Aufenthaltsqualität für den Langhanskiez - Drucksache: IX-1046
- 5 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Szidat
Ausschussvorsitz



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0858

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
Gruppe der FDP

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe der FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.02.2024 BVV

BVV/021/IX

**Betreff: Transparenz bei öffentlichen Baumfällungen - regelmäßige und vollständige
Listen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Vollständigkeit der vom Bezirksamt veröffentlichten Listen „öffentliche Baumfällungen“ dadurch zu gewährleisten, dass insbesondere auch kurzfristig vorgenommene Fällungen nachträglich mit dem jeweiligen Zeitpunkt in der Folgeliste aufgenommen werden.

Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht zu prüfen, ob in Zukunft in diesen Listen ausführlichere Begründungen als bisher für den Grund der jeweiligen Fällung angegeben werden können.

Um auch bei nicht kurzfristig notwendig gewordenen Fällungen eine umfassende Transparenz zu gewährleisten wird das Bezirksamt ersucht, die Daten in dauerhaft aktualisierter Form durch eine Online-Liste und perspektivisch der Bereitstellung als Open Data sicherzustellen. Die Listen und Daten sollen zudem für einen Zeitraum von mindestens 6 Monaten verfügbar sein. Falls die Daten als punktuelle „Liste“ wie aktuell veröffentlicht werden, dann soll zumindest für den Schutzzeitraum des Naturschutzgesetzes eine monatliche Aktualisierung stattfinden.

Berlin, den 20.02.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe der FDP
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gez. Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel
Lüssow
Gruppe der FDP, gez. BV Thomas Enge, BV Oliver Simon

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

siehe 2. Ausfertigung

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- beschlossen
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt
- zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- einstimmig
- mehrheitlich
- Ja-Stimmen
- Gegenstimmen
- Enthaltungen

- überwiesen in den Ausschuss für
- mitberatend in den Ausschuss für
- sowie in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Nach Auskunft des Bezirksamtes beinhalten die bisher veröffentlichten Listen „öffentliche Baumfällungen“ [1] nicht alle zu fällenden Bäume, da es auch Bäume gibt die ad hoc gefällt werden müssen und keinen Aufschub gewähren, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Damit bleibt neben der generellen Frage der Nachpflanzungen selbst der Grund der Fällung häufig unklar [2], und auch die Gesamtzahl der insgesamt vorgenommen Fällungen bzw. nicht mehr schonenden Schnitte ist nicht ersichtlich.

Falls aufgrund fehlender Ressourcen im Bezirksamt aktuell keine aussagekräftigere Begründung der Fällung oder laufend aktualisierten Listen online möglich sein sollten, dann sollten zumindest Antworten auf die Frage „Was ist mit dem Baum passiert“ und „Wird es eine Nachpflanzung geben“ für alle gefällten Bäume verfügbar sein - ohne dass Anwohnende jeweils individuell das Bezirksamt um eine (detailliertere) Auskunft ersuchen müssen, und somit ebenfalls Ressourcen binden.

[1] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/artikel.1085102.php>

[2] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/baumfaellungen-in-berlin-bezirksamt-kontert-kritik-an-intransparenz-11147509.html>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-0858

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
Gruppe der FDP

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe der FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.02.2024 BVV

BVV/021/IX

**Betreff: Transparenz bei öffentlichen Baumfällungen - regelmäßige und vollständige
Listen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Vollständigkeit der vom Bezirksamt veröffentlichten Listen „öffentliche Baumfällungen“ dadurch zu gewährleisten, dass insbesondere auch kurzfristig vorgenommene Fällungen nachträglich mit dem jeweiligen Zeitpunkt in der Folgeliste aufgenommen werden.

Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht zu prüfen, ob in Zukunft in diesen Listen aussagekräftigere Begründungen als bisher für den Grund der jeweiligen Fällung angegeben werden können.

Um auch bei nicht kurzfristig notwendig gewordenen Fällungen eine umfassende Transparenz zu gewährleisten wird das Bezirksamt ersucht, die Daten in dauerhaft aktualisierter Form durch eine Online-Liste und perspektivisch der Bereitstellung als Open Data sicherzustellen. Die Listen und Daten sollen zudem für einen Zeitraum von mindestens 6 Monaten verfügbar sein. Falls die Daten als punktuelle „Liste“ wie aktuell veröffentlicht werden, dann soll zumindest außerhalb des Schutzzeitraums des Naturschutzgesetzes eine monatliche Aktualisierung stattfinden.

Berlin, den 27.02.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe der FDP
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gez. Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel
Lüssow
Gruppe der FDP, gez. BV Thomas Enge, BV Oliver Simon

Abstimmungsergebnis:

vertagt
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

einstimmig
 mehrheitlich
 Ja-Stimmen
 Gegenstimmen
 Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- vertagt
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt
- zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- einstimmig
- mehrheitlich
- Ja-Stimmen
- Gegenstimmen
- Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Nach Auskunft des Bezirksamtes beinhalten die bisher veröffentlichten Listen „öffentliche Baumfällungen“ [1] nicht alle zu fällenden Bäume, da es auch Bäume gibt die ad hoc gefällt werden müssen und keinen Aufschub gewähren, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Damit bleibt neben der generellen Frage der Nachpflanzungen selbst der Grund der Fällung häufig unklar [2], und auch die Gesamtzahl der insgesamt vorgenommen Fällungen bzw. nicht mehr schonenden Schnitte ist nicht ersichtlich.

Falls aufgrund fehlender Ressourcen im Bezirksamt aktuell keine aussagekräftigere Begründung der Fällung oder laufend aktualisierten Listen online möglich sein sollten, dann sollten zumindest Antworten auf die Frage „Was ist mit dem Baum passiert“ und „Wird es eine Nachpflanzung geben“ für alle gefällten Bäume verfügbar sein - ohne dass Anwohnende jeweils individuell das Bezirksamt um eine (detailliertere) Auskunft ersuchen müssen, und somit ebenfalls Ressourcen binden.

[1] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/artikel.1085102.php>

[2] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/baumfaellungen-in-berlin-bezirksamt-kontert-kritik-an-intransparenz-11147509.html>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0858

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
Gruppe der FDP

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe der FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.02.2024 BVV

BVV/021/IX

vertagt

20.03.2024 BVV

BVV/Forts021/IX

Betreff: Transparenz bei öffentlichen Baumfällungen - regelmäßige und vollständige Listen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Vollständigkeit der vom Bezirksamt veröffentlichten Listen „öffentliche Baumfällungen“ dadurch zu gewährleisten, dass insbesondere auch kurzfristig vorgenommene Fällungen nachträglich mit dem jeweiligen Zeitpunkt in der Folgeliste aufgenommen werden.

Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht zu prüfen, ob in Zukunft in diesen Listen aussagekräftigere Begründungen als bisher für den Grund der jeweiligen Fällung angegeben werden können.

Um auch bei nicht kurzfristig notwendig gewordenen Fällungen eine umfassende Transparenz zu gewährleisten wird das Bezirksamt ersucht, die Daten in dauerhaft aktualisierter Form durch eine Online-Liste und perspektivisch der Bereitstellung als Open Data sicherzustellen. Die Listen und Daten sollen zudem für einen Zeitraum von mindestens 6 Monaten verfügbar sein. Falls die Daten als punktuelle „Liste“ wie aktuell veröffentlicht werden, dann soll zumindest außerhalb des Schutzzeitraums des Naturschutzgesetzes eine monatliche Aktualisierung stattfinden.

Berlin, den 01.03.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe der FDP
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gez. Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Axel Lüssow
Gruppe der FDP, gez. BV Thomas Enge, BV Oliver Simon

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
41	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

federführend

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
_____	mehrheitlich
41	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

federführend

Begründung:

Nach Auskunft des Bezirksamtes beinhalten die bisher veröffentlichten Listen „öffentliche Baumfällungen“ [1] nicht alle zu fällenden Bäume, da es auch Bäume gibt die ad hoc gefällt werden müssen und keinen Aufschub gewähren, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Damit bleibt neben der generellen Frage der Nachpflanzungen selbst der Grund der Fällung häufig unklar [2], und auch die Gesamtzahl der insgesamt vorgenommen Fällungen bzw. nicht mehr schonenden Schnitte ist nicht ersichtlich.

Falls aufgrund fehlender Ressourcen im Bezirksamt aktuell keine aussagekräftigere Begründung der Fällung oder laufend aktualisierten Listen online möglich sein sollten, dann sollten zumindest Antworten auf die Frage „Was ist mit dem Baum passiert“ und „Wird es eine Nachpflanzung geben“ für alle gefällten Bäume verfügbar sein - ohne dass Anwohnende jeweils individuell das Bezirksamt um eine (detailliertere) Auskunft ersuchen müssen, und somit ebenfalls Ressourcen binden.

[1] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/artikel.1085102.php>

[2] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/baumfaellungen-in-berlin-bezirksamt-kontert-kritik-an-intransparenz-11147509.html>

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

22.03.24

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachenummer: IX-0858

Betreff: Transparenz bei öffentlichen Baumfällungen - regelmäßige und vollständige Listen

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Wählen Sie ein Element aus.

sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

Wählen Sie ein Element aus.

Die Drucksache wurde in der Sitzung am 07.11.2024 beraten

Ergebnis der Ausschusssitzung am Klicken Sie hier, um ein Datum einzugeben.

vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

vertagt

im Ausschuss abgelehnt

JA NEIN Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen

JA NEIN Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen

JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Vollständigkeit der vom Bezirksamt veröffentlichten Listen „öffentliche Baumfällungen“ dadurch zu gewährleisten, dass insbesondere auch kurzfristig vorgenommene Fällungen nachträglich mit dem jeweiligen Zeitpunkt in der Folgeliste aufgenommen werden.

Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht zu prüfen, ob in Zukunft in diesen Listen aussagekräftigere Begründungen als bisher für den Grund der jeweiligen Fällung angegeben werden können.

Um auch bei nicht kurzfristig notwendig gewordenen Fällungen eine umfassende Transparenz zu gewährleisten wird das Bezirksamt ersucht, die Daten in dauerhaft aktualisierter Form durch eine Online-Liste und perspektivisch der Bereitstellung als Open Data sicherzustellen. Die Listen und Daten sollen zudem für einen Zeitraum von mindestens 6 Monaten verfügbar sein. Falls die Daten als punktuelle „Liste“ wie aktuell veröffentlicht werden, dann soll zumindest außerhalb des Schutzzeitraums des Naturschutzgesetzes eine monatliche Aktualisierung stattfinden.

Begründung des Ausschusses:

Nach Einbringung des Antrages durch die einreichenden Fraktionen wurde über die Formulierung im Antragstext „aussagekräftigere Begründungen“ diskutiert. Es wurde festgehalten, dass innerhalb des Amtes der Datenschutz geklärt werden muss und dass die Digitalisierung vollkommen berechtigt ist. Das Baumdatenblatt sollte von vornherein klare Informationen enthalten. Leider ist in der KLAR wenig Zeit eingestellt um den Befund einer Baumbegehung und –begutachten umfangreicher zu gestalten. In manchen Bezirken wird darum der Befund der Begutachtung gar nicht dokumentiert.

Der Antrag der SPD den 2. Absatz zu streichen wurde mit 5 Ja, 8 Nein und keiner Enthaltung abgelehnt. Dem unverändert vorliegenden Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0977

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

03.07.2024 BVV

BVV/024/IX

Betreff: Stationäre Ladezonen statt Lieferverkehr auf Radfahrstreifen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, in Straßen, in denen in jede Richtung lediglich eine KfZ-Fahrspur existiert und in denen abmarkierte Radfahrstreifen/Schutzstreifen zwischen dieser KfZ-Fahrspur und KfZ-Parkplätzen eingerichtet sind, in regelmäßigem Abstand stationäre Ladezonen einzurichten, die für Lieferverkehr reserviert sind.

Des Weiteren soll das Bezirksamt prüfen, ob und wie (bspw. mit einer Flyer-Informationskampagne) die ansässigen Gewerbe in diesen Straßen auf die stationären Ladezonen, und die Gefahr, die von haltenden Lieferfahrzeugen auf Radfahrstreifen/Schutzstreifen für Fahrradfahrende ausgeht, nach der Umsetzung informiert werden können.

Berlin, den 25.06.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göring, BV Jan Drewitz

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Täglich ist in Pankow haltender Lieferverkehr auf abmarkierten Radfahrstreifen/Schutzstreifen zu beobachten, so beispielsweise in der Wichertstraße. Besonders häufig ist dies in Straßen der Fall, in denen lediglich eine KfZ-Fahrspur in eine Fahrtrichtung existiert und der abmarkierte Radfahrstreifen zwischen dieser KfZ-Fahrspur und KfZ-Parkplätzen eingerichtet ist. Anstatt in einer Seitenstraße in zweiter Reihe zu halten, entscheiden sich die Fahrer*innen der Lieferfahrzeuge meist für das Halten auf dem Radfahrstreifen. Die Gründe für dieses Verhalten sind sicherlich vielfältig, aber wird sicherlich oftmals auch darin liegen, dass nicht wenige Fahrer*innen von Lieferdiensten in einem prekär bezahlten Job arbeiten, in dem sie für jede Zeitverzögerung ihrer Lieferung selbst aufkommen müssen und daher nicht etwas weiter entfernt in einer Nebenstraße halten.

Für Radfahrende sind haltende Lieferfahrzeuge auf dem Radfahrstreifen mit erheblichen Gefahren verbunden, denn sie müssen in dieser Situation das haltende Fahrzeug umfahren und sich dabei in den fahrenden Verkehr der KfZ-Fahrspur einfädeln. Gerade für Kinder und Jugendliche, die noch nicht über eine längere Fahrpraxis verfügen, kann dies zu lebensgefährlichen Situationen führen.

Würden in solchen Straßen in ausreichendem Maße stationäre Ladezonen vorhanden sein, so ist zu erwarten, dass diese statt des Radfahrstreifens von den Lieferdiensten genutzt werden würden.

Auch in Straßen, in denen kaum oder gar kein Gewerbe existiert, sollten solche stationären Ladezonen eingerichtet werden, denn Lieferdienste von Supermärkten und Paketdiensten liefern auch in reinen Wohnstraßen ohne Gewerbe aus.

2. Ausfertigung IX-0977 Stationäre Ladezonen statt Lieferverkehr auf Radfahrstreifen

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in Straßen, in denen in jede Richtung lediglich eine KfZ-Fahrspur existiert und in denen abmarkierte Radfahrstreifen/Schutzstreifen zwischen dieser KfZ-Fahrspur und KfZ-Parkplätzen eingerichtet sind, stationäre Ladezonen einzurichten, die wochentags und tagsüber für den Lieferverkehr reserviert sind. Für die Wahl des Ortes und sinnvoller Abstandsentfernungen für diese Ladezonen soll die Art der angrenzenden Bebauung (Anzahl und Art der Gewerbe, Wohneinheiten, sonstige Gegebenheiten der Straße) einbezogen werden.

Begründung:

Täglich ist in Pankow haltender Lieferverkehr auf abmarkierten Radfahrstreifen/Schutzstreifen zu beobachten, so beispielsweise in der Wichertstraße. Besonders häufig ist dies in Straßen der Fall, in denen lediglich eine KfZ-Fahrspur in eine Fahrtrichtung existiert und der abmarkierte Radfahrstreifen zwischen dieser KfZ-Fahrspur und KfZ-Parkplätzen eingerichtet ist. Anstatt in einer Seitenstraße in zweiter Reihe zu halten, entscheiden sich die Fahrer*innen der Lieferfahrzeuge meist für das Halten auf dem Radfahrstreifen. Die Gründe für dieses Verhalten sind sicherlich vielfältig, aber wird sicherlich oftmals auch darin liegen, dass nicht wenige Fahrer*innen von Lieferdiensten in einem prekär bezahlten Job arbeiten, in dem sie für jede Zeitverzögerung ihrer Lieferung selbst aufkommen müssen und daher nicht etwas weiter entfernt in einer Nebenstraße halten.

Für Radfahrende sind haltende Lieferfahrzeuge auf dem Radfahrstreifen mit erheblichen Gefahren verbunden, denn sie müssen in dieser Situation das haltende Fahrzeug umfahren und sich dabei in den fahrenden Verkehr der KfZ-Fahrspur einfädeln. Gerade für Kinder und Jugendliche, die noch nicht über eine längere Fahrpraxis verfügen, kann dies zu lebensgefährlichen Situationen führen.

Würden in solchen Straßen in ausreichendem Maße stationäre Ladezonen vorhanden sein, so ist zu erwarten, dass diese statt des Radfahrstreifens von den Lieferdiensten genutzt werden würden.

Auch in Straßen, in denen kaum oder gar kein Gewerbe existiert, sollten solche stationären Ladezonen eingerichtet werden, denn Lieferdienste von Supermärkten und Paketdiensten liefern auch in reinen Wohnstraßen ohne Gewerbe aus.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1038

Antrag

Gruppe der FDP

Ursprung:

Antrag, Gruppe der FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV

BVV/026/IX

vertagt

27.11.2024 BVV

BVV/Forts026/IX

Betreff: Zeitmanagement Parken für den Wirtschaftsverkehr**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht zu überprüfen, welche Möglichkeiten in Berlin oder anderen Kommunen bestehen, den Wirtschaftsverkehr für Einzelhandel und Gastgewerbe auf Kernzeiten und Randzeiten zu verteilen, damit zum überwiegenden Tagesverlauf die Park- und Haltemöglichkeiten für Anwohner, Anlieger, Gäste und unplanmäßigen Wirtschaftsverkehr zur Verfügung stehen. Gleichzeitig soll überprüft werden, welche punktuellen oder kleinteilige Standorte außerhalb der Parkraumbewirtschaftungszonen sich für eine Pilotierung eignen. Im Ergebnis soll ein Kanon an Möglichkeiten erstellt werden, welcher der Bezirkspolitik, Verwaltung wie Bürgern und Interessierten aufzeigt, wie in den kommenden Jahren Probleme erfolgreich angegangen werden können.

Berlin, den 15.11.2024

Einreicher: Gruppe der FDP

Dr. Thomas Enge, Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
29	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
9	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Der Verkehr und die Mobilität Pankows sind einem immer stärkeren Druck ausgesetzt, der sowohl in der steigenden Bevölkerungszahl und deren Leben als auch Veränderungen durch Großbaustellen, Angeboten von Gewerbe und Dienstleistungen wie einer stärkeren Vernetzung mit anderen Bezirken und dem Brandenburger Umland liegt. Zur Lösung bzw. Milderung von Problemen müssen nicht immer wieder neue Ideen und Experimente umgesetzt werden, sondern es gibt Parallelen und Ähnlichkeiten, welche durch andere Verwaltungen bereits angegangen wurden. Dabei gibt es sowohl Erfahrungen für den Bedarf hinsichtlich Zeiten und Raum, als auch der Abwägung verschiedenster Belange von Bürgern, Kunden, Anwohnern, Gewerbetreibenden wie Verwaltungen und Dienstleistungen und der Gesundheitsversorgung.

Die besonderen Belange von Berlin führen bereits zum Ausschluss diverser Straßen und Wohnlagen, geplante Maßnahmen wie Kiezblocks sollen Antworten für andere Fragen geben. Es bleiben aber diverse Schwerpunkte wie z.B. die Florastraße, Antonplatz oder am Bahnhof Buch, wo eine Veränderung nötig ist, die mit diesem Vorschlag bedarfsgerecht und innerhalb der bezirklichen Möglichkeiten und Zuständigkeiten erreicht werden kann.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1043

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV

BVV/026/IX

Betreff: Mehr Barrierefreiheit statt gefährlichem Chaos in der Albertinenstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in der Albertinenstraße in Pankow Weißensee durch Änderung der Parkordnung in regelmäßigen Abständen Flächen auf dem Parkstreifen zu schaffen, die insbesondere von Behindertenfahrdiensten zum Ausweichen vor dem Gegenverkehr genutzt werden können.

Dabei sollen insbesondere die Parkplätze gegenüber der Ausfahrt vom Gelände der Stephanus-Stiftung (auf Höhe Albertinenstraße 20/21) aufgehoben werden, um den Transportfahrzeugen das Einbiegen in die Straße gefahrlos zu ermöglichen.

Berlin, den 05.11.2024

Einreicher: Fraktion der SPD, Katja Ahrens, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Auf dem Gelände der Stephanus Stiftung befinden sich eine Schule sowie Werkstätten und Arbeitsstätten für Menschen mit Behinderung. Für die dort tätigen Menschen handelt es sich um einen wichtigen Ort ihres Alltages und um ein entscheidendes Element gesellschaftlicher Teilhabe.

Viele dieser Menschen sind aufgrund Ihrer Behinderung auf Transportfahrzeuge angewiesen, um ihr Lern- und Arbeitsstellen erreichen zu können.

Zufahrten zu dem Gelände befinden sich auf der Parkstraße (Schulgebäude) sowie auf der Albertinenstraße. Mit Blick auf den Eingang zur Schule, der über die Parkstraße etabliert ist, eignet sich die Auffahrt von dieser Grundstücksseite insbesondere wegen der Schülerinnen und Schüler, die diese Seite nutzen, nur mäßig, um Personen mit PKW bzw. Transportfahrzeugen zu bringen.

Aufgrund der Aufteilung des Straßenraumes in der Albertinenstraße stellt das sichere Befahren des Geländes mit Behindertentransporten und vergleichbaren Fahrzeugen jedoch auch von dieser Seite eine Herausforderung dar, dass die Fahrzeuge durch parkende Autos behindert werden und Gegenverkehren nicht ausweichen können.

Mit der Anpassung der Parkordnung und der daraus resultierenden Schaffung von Ausweichplätzen lässt sich die Situation kostengünstig und wirkungsvoll verbessern.



Parksituation Albertinenstraße gegenüber der Ausfahrt Hausnummer 20/21



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1043

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Linksfraktion

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV
 MobiOrd

BVV/026/IX

überwiesen

Betreff: Mehr Barrierefreiheit statt gefährlichem Chaos in der Albertinenstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in der Albertinenstraße in Pankow Weißensee durch Änderung der Parkordnung in regelmäßigen Abständen Flächen auf dem Parkstreifen zu schaffen, die insbesondere von Behindertenfahrdiensten zum Ausweichen vor dem Gegenverkehr genutzt werden können.

Dabei sollen insbesondere die Parkplätze gegenüber der Ausfahrt vom Gelände der Stephanus-Stiftung (auf Höhe Albertinenstraße 20/21) aufgehoben werden, um den Transportfahrzeugen das Einbiegen in die Straße gefahrlos zu ermöglichen.

Berlin, den 05.11.2024

Einreicher: Fraktion der SPD, Linksfraktion
 SPD-Fraktion Pankow, Katja Ahrens, Roland Schröder
 Linksfraktion, Maria Bigos, Wolfram Kempe, Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
43	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Auf dem Gelände der Stephanus Stiftung befinden sich eine Schule sowie Werkstätten und Arbeitsstätten für Menschen mit Behinderung. Für die dort tätigen Menschen handelt es sich um einen wichtigen Ort ihres Alltages und um ein entscheidendes Element gesellschaftlicher Teilhabe.

Viele dieser Menschen sind aufgrund Ihrer Behinderung auf Transportfahrzeuge angewiesen, um ihr Lern- und Arbeitsstellen erreichen zu können.

Zufahrten zu dem Gelände befinden sich auf der Parkstraße (Schulgebäude) sowie auf der Albertinenstraße. Mit Blick auf den Eingang zur Schule, der über die Parkstraße etabliert ist, eignet sich die Auffahrt von dieser Grundstücksseite insbesondere wegen der Schülerinnen und Schüler, die diese Seite nutzen, nur mäßig, um Personen mit PKW bzw. Transportfahrzeugen zu bringen.

Aufgrund der Aufteilung des Straßenraumes in der Albertinenstraße stellt das sichere Befahren des Geländes mit Behindertentransporten und vergleichbaren Fahrzeugen jedoch auch von dieser Seite eine Herausforderung dar, dass die Fahrzeuge durch parkende Autos behindert werden und Gegenverkehren nicht ausweichen können.

Mit der Anpassung der Parkordnung und der daraus resultierenden Schaffung von Ausweichplätzen lässt sich die Situation kostengünstig und wirkungsvoll verbessern.



Parksituation Albertinenstraße gegenüber der Ausfahrt Hausnummer 20/21



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1045

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV

BVV/026/IX

Betreff: Kostenfreie Sperrmüllabholung für Alle!**Die BVV möge beschließen:**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der BSR dafür einzusetzen, dass das Angebot für kostenfreie Sperrmüllabholung ergänzt und an die Bedürfnisse von Alleinstehenden sowie älteren und/oder mobilitätseingeschränkten Menschen angepasst wird.

Hierfür soll das Bezirksamt zunächst mit der BSR ins Gespräch gehen und gemeinsam Möglichkeiten für passende Angebote entwickeln. Diese sollen im nächsten Schritt im Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung vorgestellt und diskutiert werden.

Berlin, den 05.11.2024

Einreicher: Fraktion der SPD, Katja Ahrens, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
43	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Die Kiezsperrmülltage der BSR sind ein tolles und sehr nützliches Angebot für die Pankowerinnen und Pankower, welches auch intensiv genutzt wird, um Sperrmüll kostenfrei und sachgerecht zu entsorgen.

Allerdings stellt die Beteiligung an so einem Kiezsperrmülltag insbesondere für Alleinstehende, Ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen ein unüberwindbares Hindernis dar, da sie Ihren Sperrmüll beispielsweise nicht an den zentralen Ort des Kiezsperrmülltages transportieren können.

Mit einer Erweiterung des Angebotes der BSR z.B. durch eine jährliche kostenfreie Kieztour o. ä. ließe sich auch für diejenigen, die die Kiezsperrmülltage nicht nutzen können, eine kostenfreie Alternative schaffen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1046

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

13.11.2024 BVV

BVV/026/IX

vertagt

27.11.2024 BVV

BVV/Forts026/IX

Betreff: Mehr Aufenthaltsqualität für den Langhanskiez

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Rahmen des aus dem Programm „Lebendige Zentren und Quartiere (LZQ)“ geförderten Sanierungsgebiets Langhanskiez das Aufstellen von Parklets als Nachbarschaftstreffpunkt zu ermöglichen. Dazu soll das Bezirksamt gemeinsam mit dem Sanierungsbeirat geeignete Standorte identifizieren. An diesen Standorten sollen zivilgesellschaftliche oder private Akteure die Möglichkeit zur Errichtung eines lokalen Aufenthaltspunkts erhalten, sofern sich diese verpflichten, die Pflege und Instandhaltung des von ihnen gestalteten Bereichs zu gewährleisten.

Nach 5 Jahren soll das Bezirksamt die daraus resultierenden positiven, wie negativen Effekte auf den Langhanskiez evaluieren, um entsprechende Erfahrungen für den ganzen Bezirk Pankow nutzbar zu machen.

Berlin, den 15.11.2024

Einreicher: Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SPD-Fraktion Pankow, Henrik Hornecker, Roland Schröder
Bündnis 90/die Grünen, Christoph Göring, Almuth Tharan

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
x	mehrheitlich
29	Ja-Stimmen
10	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Parklets sind dauerhaft auf Parkplätzen im öffentlichen Straßenland abgestellte Stadtmöbel, die dazu dienen, mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum bereitzustellen und den öffentlichen Raum fußgängerfreundlicher zu gestalten. Insgesamt schaffen Parklets mehr Aufenthaltsqualität und können auch Elemente der Begrünung umfassen. Der Langhanskiez ist bisher mit Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum unterversorgt. Eine Beendigung dieser Unterversorgung durch herkömmliche Bänke auf/an den Gehwegen ist aus Platzgründen nicht zu erwarten. Parklets wären daher eine gute Maßnahme gegen diese Unterversorgung. Durch sie würde es bspw. Menschen, die beim Gehen öfters Pausen einlegen müssen, ermöglicht, sich für diese Pausen auf richtigen und zudem optisch ansprechenden Sitzgelegenheiten niederzulassen, während das öffentliche Straßenland im Langhanskiez bisher keine Möglichkeit dafür bietet.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich bereits im Juni des letzten Jahres auch die im Rahmen des Sanierungsgebiets Langhanskiez gewählte Stadtteilvertretung mit einem Beschluss für das Aufstellen von Parklets im Langhanskiez ausgesprochen: „Die Stadtteilvertretung Langhanskiez setzt sich für die Einrichtung von Parklets im Kiez ein. Mit den Parklets soll eine einfache Möglichkeit genutzt werden, um den öffentlichen Raum anders aufzuteilen, Ruhe- und Begegnungsorte zu schaffen. Nach den Erfahrungen mit dem Kiez-Mobil während der Eröffnung des Stadteilladens sind wir überzeugt, dass die Menschen im Langhanskiez das Angebot begrüßen und nutzen werden. Wir fordern das Bezirksamt auf, mit uns gemeinsam geeignete Stellflächen zu identifizieren und im Anschluss die Einrichtung der Parklets auf diesen Flächen umzusetzen.“ (Quelle: <https://langhanskiez.de/dokumente/>, 03.11.2024)

Die Stadtteilvertretung sollte daher vom Bezirksamt bei der Umsetzung dieses Antrags miteinbezogen werden. Die Stadtteilvertretung ist auch der richtige Ansprechpartner, um das Bezirksamt mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammenzubringen, die bereit sind, sich um die Sauberhaltung der Parklets zu kümmern. Die Stadtteilvertretung steht bereits in Kontakt mit solchen Akteur:innen.

Mit einem solchen „Patenschaftssystem“ werden die im Schlussbericht zum Antrag „Pankow ermöglicht Parklets für die Pankower Zivilgesellschaft“ (Drs.-Nr. IX-0375) vom Bezirksamt vorgebrachten Bedenken zur Sauberhaltung und Instandhaltung von Parklets ausgeräumt. Die in erster Linie geäußerten Sicherheitsbedenken sind im Langhanskiez ebenfalls kaum gegeben, da die meisten Straßen des Kiezes Anwohnerstraßen sind, auf denen eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gilt. Eine akute Gefährdung für Menschen, die auf einem Parklet in einer solchen Straße im Langhanskiez sitzen, ist also nicht gegeben.

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: **23.01.2025**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Ahrens, Katja - SPD -		
Bittner, Denise - CDU -		
Bordfeld, Frederik - Linke -		
Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -		
Flores Rivera, Patrizia - Bü 90/Grüne -		
Gänger, Silke - Bü 90/Grüne -		
Kempe, Wolfram - Linke -		
Knebel, Sibylla Susanne - CDU -		
N.N., AfD - AfD -		
Paul, David - CDU -		
Simon, Oliver - FDP -		
Streeck, Jan-Philip - AfD -		
Szidał, Mike - SPD -		
Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Feihe, Felix - auf Antrag CDU -		
Haustein, Jens - auf Antrag Bü 90/Grüne -		
Herda, Michael - auf Antrag Linke -		
Hübner, Matthias - auf Antrag SPD -		
stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
Boschert, Carlos - auf Antrag SPD -		
Ehrhardt, Friedrich - auf Antrag Bü 90/Grüne -		

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 23.01.2025

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Struck, Olaf - auf Antrag CDU -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -

BzStRin

